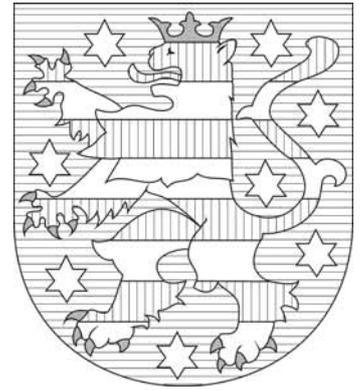


Thüringer STAATSANZEIGER

Nr. 5/2009

Montag, 2. Februar 2009

19. Jahrgang



Weimar begeht 2009 ein „Jahr der Demokratie“

Vor 90 Jahren tagte die Verfassunggebende Nationalversammlung in Weimar und gab Deutschland am 11. August 1919 die erste demokratische Verfassung, die sogenannte „Weimarer Verfassung“, die damals als die demokratischste der Welt galt. So wurde Weimar zum Geburtsort der deutschen Demokratie, die als „Weimarer Republik“ in die Geschichte einging. Dieses Jubiläum nimmt die Stadt zum Anlass, 2009 ein „Jahr der Demokratie“ zu feiern. Der erste Höhepunkt wird am 6. Februar 2009 im Gedenken an die erste Tagung der Nationalversammlung im Deutschen Nationaltheater Weimar mit mehreren Festveranstaltungen begangen (siehe Anhang). An diesem Tag öffnet auch die wichtige Ausstellung des Stadtmuseums zum Thema: „Weimar 1919 – Chancen einer Republik“.

Die Novemberrevolution beendete 1918 den Ersten Weltkrieg, als der für Deutschland längst verloren war. Sang- und klanglos dankten die regierenden Fürsten ab, allen voran Kaiser Wilhelm II. Nach über tausend Jahren war die Monarchie abrupt beendet. Im entstandenen Machtvakuum Ende 1918 entbrannte ein politischer Richtungsstreit zwischen den Radikalen, die für ein Räte-System nach bolschewistischem Vorbild kämpften, und den Gemäßigten, die eine demokratisch-parlamentarische Republik anstrebten. Das Land drohte im Chaos zu versinken, an dessen Ende auch eine rechte Diktatur der Generäle hätte stehen können.

In dieser dramatischen Situation versicherte sich der aus der Revolution hervorgegangene „Rat der Volksbeauftragten“ unter Führung des Sozialdemokraten Friedrich Ebert der Loyalität der Spitzen des kaiserlichen Militärs und der Bürokratie, um den Fortbestand der staatlichen Ordnung garantieren zu können. Vom Zentralrat der ebenfalls in der Revolution überall entstandenen „Arbeiter- und Soldatenräte“ erhielt Ebert Mitte Dezember 1918 die Zusicherung, durch ein vorläufiges Parlament eine neue Reichsverfassung beschließen zu lassen.

(Fortsetzung letzte Seite)



Eröffnungssitzung der Verfassunggebenden Nationalversammlung am 6. Februar 1919 im Deutschen Nationaltheater Weimar

Foto: Louis Held

(Fortsetzung von Titelseite)

Damit standen die Weichen auf Parlamentarismus, der sich allerdings immer wieder Versuchen, die Revolution fortzuführen, erwehren musste. Nach unglaublich kurzer Vorbereitungsfrist fanden am 19. Januar 1919 die ersten allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlen statt, zu denen erstmalig auch Frauen zugelassen waren. Obwohl nach den entstandenen Mehrheitsverhältnissen auch die bürgerlichen Parteien miteinander eine Regierung hätten bilden können, entschieden sich die katholische Zentrumsparterie und die Deutsche Demokratische Partei (DDP) für ein Bündnis mit der SPD und bildeten zusammen die „Weimarer Koalition“.

Um den Gefahren des in Berlin anhaltenden Bürgerkriegs zu entgehen, fiel die Wahl der neu gewählten Reichsregierung auf die als ruhig geltende Kleinstadt Weimar, wo, so die nicht unberechtigte Hoffnung, die Nationalversammlung ihr Verfassungswerk würde ungestört beraten und beschließen können. Ab 6. Februar tagten knapp 400 Abgeordnete im Weimarer Theater, das sich kurz zuvor den Namen „Deutsches Nationaltheater“ zugelegt hatte. Bis zum 21. August hielten sie 86 Sitzungen ab (eine fand außerordentlich in Berlin statt), auf denen sie 181 Verfassungsartikel und 65 Gesetze berieten und beschlossen sowie Dutzende von Anfragen behandelten. Die Tagesordnungspunkte der bis zu zehnstündigen Plenarsitzungen, denen oft vormittags noch Ausschusssitzungen vorangegangen waren, lesen sich als Chronik einer akuten Krisenbewältigung: Die katastrophale Ernährungslage war zu beheben („Brotnot“), die Brennstoffversorgung zu sichern („Kohlennot“), die horrende Kriegverschuldung zu tilgen („Finanznot“), um den Staatsbankrott abzuwenden. Zudem war die Kriegswirtschaft auf Friedensproduktion umzustellen, die Freilassung der Kriegsgefangenen zu organisieren, das Transportwesen wieder aufzubauen u. v. a. m. Ein unglaublicher Berg an existenziellen Problemen wurde nach und nach abgetragen.

Anhaltende politische Streiks und örtlich bürgerkriegsähnliche Zustände erschwerten diesen parlamentarischen Kraftakt. Deren z. T. brutale Niederschlagung durch entfesselte Freikorps belastete den demokratischen Konsens der Nationalversammlung schwer. Überhaupt herrschte im „Hohen Haus“ alles andere als parlamentarische Routine und politische Harmonie. Immer wieder kam es zwischen der Regierung, den Rechtspartertien und der linken USPD zu heftigen Wortwechseln, u. a. über die angebliche Schuld der Revolution an der Kriegsniederlage, der Frage nach der Schuld Deutschlands am Kriegsausbruch 1914, nach verpassten Friedenschancen 1916, der Notwendigkeit einer „Sozialisierung“ von Schlüsselindustrien, der künftigen Rolle der Arbeiter- und Soldatenräte, vor allem auch über die neuen Steuergesetze.

Seine schwerste Belastungsprobe erfuhr das „Revolutionsparlament“ durch das Ultimatum der im Weltkrieg siegreichen Entente, die Bedingungen des Versailler Friedensvertrages bedingungslos anzunehmen. Daran zerbrach die erste Regierung. Doch am 22. Juni siegte die bittere Einsicht in die unabwendbare Notwendigkeit, allein um eine Wiederaufnahme von Kriegshandlungen und die damit drohende Besetzung Deutschlands zu verhindern. Die Vertragsunterzeichnung durch die neue Reichsregierung aus SPD und Zentrum am 28. Juni in Versailles lastete die erboste Öffentlichkeit nicht dem Kaiserreich, sondern

Gisela Husemann Verlag e. Kfr.
Wartburgstraße 6, 99817 Eisenach
PVSt, Deutsche Post AG, Entgelt bezahlt

F 11297

Weimar begeh 2009 ein „Jahr der Demokratie“



Offizielle Postkarte der Verfassungsgebenden Nationalversammlung 1919

Foto: Stadtarchiv Weimar

allein der jungen Republik an, ein Makel, von dem diese sich nie hat befreien können.

Am 31. Juli verabschiedete die Nationalversammlung ihr bedeutendstes Werk, die neue „Verfassung des Deutschen Reiches“, die ihren Befürwortern als die damals demokratischste der Welt galt. Nach der Inkraftsetzung der Verfassung durch Friedrich Ebert am 11. August und seiner Vereidigung als neuer Reichspräsident am 21. August kehrte die Versammlung nach Berlin in ihr inzwischen saniertes Reichstagsgebäude zurück.

Viel wurde geschrieben über die angeblichen schweren Konstruktionsfehler dieser Verfassung, wie z. B. die zu starke Position des Reichspräsidenten gegenüber dem Reichstag. Namentlich der Artikel 48 (Gewaltanwendung und Aussetzung von persönlichen Grundrechten zur Sicherung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung) hätte den Schlüssel zur Selbstaushebelung geliefert. Wer so argumentiert, ignoriert, dass Geschichte immer Menschenwerk ist, so wie jeder Gesetzestext auch, und folglich die Schuld bei den beteiligten Akteuren zu suchen ist, zu deren Handeln es immer auch Alternativen gegeben hätte.

Aus Dankbarkeit für die fast störungsfrei gewährte Obhut in Weimar schlug die DDP zum Abschied die Bezeichnung „Weimarer Verfassung“ vor. Von dort übertrug sie sich

später auf den Staat, der damit als „Weimarer Republik“ in die Geschichte einging. Seitdem verbindet sich der Name der Stadt Weimar nicht mehr nur mit der „Weimarer Klassik“, sondern auch – und außerhalb Europas fast noch mehr – mit dieser inoffiziellen Bezeichnung für die erste parlamentarische Republik auf deutschem Boden.

Die Autoren der „Weimarer Verfassung“ fanden äußerst prägnante Formulierungen, von denen uns einige noch heute geläufig sind, weil sie 1949 z. T. wörtlich ins Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland übernommen wurden: „Die Staatsgewalt geht vom Volke aus.“ (Art. 1); „Eine Zensur findet nicht statt.“ (Art. 118); „Die Kunst, die Wissenschaft und ihre Lehre sind frei.“ (Art. 142); „Alle Deutschen sind vor dem Gesetz gleich.“ (Art. 109) u. a. Sie brachten und bringen ein modernes Demokratieverständnis auf den Punkt.

Und sind diese Kernsätze der Demokratie nicht jenen Losungen ähnlich, die im heißen Herbst 1989 auf den „Montagsdemonstrationen“ gegen das SED-Regime getragen worden sind? Das war gut möglich, weil die Menschen im Osten Deutschlands sich jene politischen Grundrechte erst wieder erstreiten mussten, die der Nationalsozialismus genommen und die ihnen der Kommunismus weiter vorenthalten hatte. Man muss sich vor Augen führen, dass zwischen uns und der Weimarer Republik zwei, wenn auch kaum vergleichbare Diktaturen liegen, um zu begreifen, wie sich 1919 und 1989 aufeinander beziehen können. Diesen zweifachen demokratischen Aufbruch vor 90 und vor 20 Jahren begeht die Stadt Weimar mit einem „Jahr der Demokratie 2009“, übrigens durchaus passend zum anstehenden „Superwahljahr“.

Dr. Jens Riederer

Veranstaltungen zum Gedenken an die Nationalversammlung 1919

Weimar, 6. Februar 2009

11:00 Uhr, DNT

Gedenkveranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung mit Frank-Walter Steinmeier

14:00 Uhr, DNT

Festakt der Rosa-Luxemburg-Stiftung
Szenische Lesung (20 Teilnehmer)

17:00 Uhr, Stadtmuseum

„Weimar 1919 – Chancen einer Republik“
Eröffnung der Sonderausstellung im Stadtmuseum
Ausstellungsdauer: 07.02. – 04.10.2009

20:00 Uhr, DNT

Festveranstaltung des Thüringer Landtags und der Stadt Weimar mit Prof. Dr. Hans Mommsen

www.ausstellung-weimarer-republik.de